

Vorwort

Dass und wie Menschen, zumal junge Personen, sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind, ist seit längerem Gegenstand der empirischen Sozialforschung. In der vor kurzem veröffentlichten Studie „Armut wird sozial vererbt“ (Schütte 2013) wurde die Frage der „sozialen Vererbung“ von Armut und sozialer Ausgrenzung ausführlich diskutiert. Über die Analyse sozialer Exklusionsmechanismen und -wirkungen hinaus muss der Weg aber zur Frage führen: Was muss geschehen, um diesen Teufelskreis sozialer Deprivation zu durchbrechen, gibt es auch für Kinder und Jugendliche aus prekären Lebensverhältnissen Wege zur aktiven Partizipation am sozialen Leben?

Dieses ist sicher eine Querschnittsaufgabe, bei der die Sozialpolitik im Allgemeinen, dann insbesondere die Kinder- und Jugendpolitik und damit eng verknüpft die Soziale Arbeit gefordert sind. Doch neben diesen staatlichen bzw. kommunalen Ebenen ist dabei in einem ganz hohen Maße der intermediäre Sektor involviert, geschichtlich betrachtet waren zivilgesellschaftliche Initiativen sogar Initiatoren und Wegweiser auf diesem Gebiet. Diese zivilgesellschaftlichen Akteure verbinden in sich professionelle hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem freiwilligen Engagement vieler ehrenamtlich tätigen Personen.

Das Ehrenamt im kulturellen und im sozialen Bereich war und ist bis heute weitgehend die Domäne eher bürgerlicher, meist bildungsbürgerlicher Kreise. Untersuchungen belegen, dass insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendverbände diese Personengruppe dominiert, während Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Kreisen und mit Migrationshintergrund stark unterrepräsentiert sind. Letztere finden sich stärker bei ‚handfesten‘ Tätigkeiten wie Feuerwehr und Katastrophenschutz. Dabei stellt sowohl die bloße Beteiligung, erst recht aber ein freiwilliges Engagement in Kreisen der Kinder- und Jugendverbandsarbeit eine wichtige Ressource für die Entwicklungsaufgaben in der Lebensphase Jugend dar: Neben den Eltern und Peers sind sie eine wichtige Sozialisationsinstanz – umso wichtiger dann, wenn die Elternebene ausfällt, zumindest starke Defizite aufweist und wenn die bisherige Peergroup vorhandene Defizite eher verstärkt denn korrigiert.

Staatliche und kommunale Jugendpolitik hat es in der Wirklichkeit mit dem Widerspruch zu tun, finanziell stärker an der Behebung schon eingetretener Problemlagen gebunden zu sein, denn präventiv das Eintreten dieser Probleme abzuwenden – auch wenn rhetorisch etwas anderes gefordert wird. Es geht um den Konflikt zwischen Pflicht- und freiwilligen Aufgaben. Zugleich setzt Jugendpolitik bei ihren vielfältigen Aufgaben stärker denn je auf den nichtstaatlichen bzw. nichtkommunalen, also auf den intermediären Sektor. Begründet wird dieses mit der stärkeren Nähe zur Lebenswirklichkeit, mit der weltanschaulichen Breite und damit, so besser zivilgesellschaftliche, ehrenamtliche Kräfte einbeziehen zu können. Dass dabei verstärkt auch der Aspekt der Kosteneinsparung an Gewicht gewinnt, wird eher unter der Hand denn offen eingestanden. Auf der anderen Seite bringen sich Jugendverbände unterschiedlicher Couleur,

Vereine etc. bewusst ein, um Aufgaben in der Jugendarbeit zu übernehmen. Ihnen kommt im Sozialisationsprozess vieler Jugendlicher eine große Bedeutung zu. Ist dieses eine weitere ‚Privilegierung‘ von Jugendlichen aus den Mittel- und Oberschichten, oder finden hier auch Jugendliche mit schlechteren Startchancen Entfaltungs- und Fördermöglichkeiten?

Die vorgelegte empirische Studie von Germo Zimmermann reiht sich ein in die Fragestellung, wo liegen Ressourcen für eine gesellschaftliche Integration durch Politik – im Allgemeinen und dann besonders bei Jugendlichen? Welche politischen und zivilen Ebenen arbeiten dabei zusammen und wo liegen Möglichkeiten zur Optimierung derartiger Strategien? Der Autor hat den wichtigen Sektor christlich orientierter Jugendverbandsarbeit ausgewählt, und hier die Arbeit des Christlichen Vereins junger Menschen (CVJM). Er stellt die Frage, ob und wie es in dieser Verbandsarbeit gelingt, Jugendliche aus sozial benachteiligten Kreisen für die freiwillige Mitarbeit zu gewinnen und ob und wie dieses einen Beitrag leisten konnte, deren Zustand sozialer Ausgrenzung zu überwinden. Versteht man Sozialstaatlichkeit als das politische Bemühen um soziale Integration, dann werden und müssen die unterschiedlichen Ebenen und Stakeholder in den Blick geraten, zugleich deren Arbeitsteilung, aber auch deren Interdependenzen (Makro – Meso – Mikroebene). Angesichts der nicht nachvollziehbaren Vernachlässigung dieser Fragestellung in der bisherigen Forschungsarbeit zu Jugendverbänden kommt der vorgelegten Studie eine wichtige innovative Funktion zu.

Pohlheim, im Oktober 2014

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster